



Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

E-Mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien



www.atomgegner.at

Nr. 2 / Juli 2022

www.prodemokratie.com

NEIN zum KRIEG! JA zur NEUTRALITÄT!



Am **1. Mai 2022** traten wir in Wien gegen den Krieg in der Ukraine auf, für einen sofortigen Waffenstillstand und für die immerwährende Neutralität Österreichs ein!

Österreichs Neutralität ist heute wichtiger denn je!

Mit dem Ukraine-Krieg trommeln auch bei uns Medien, Experten, Politiker und diverse Prominente, dass die Neutralität überholt sei, dass unsere Sicherheit bedroht sei, dass wir mehr aufrüsten sollen, ja sogar, dass wir unsere Neutralität aufgeben sollten und der NATO beitreten bzw. in der EU militärisch ohne Neutralitätsvorbehalt mitmachen sollten

Das ist mit unserer Neutralität unvereinbar und macht uns in Kriegszeiten zum Angriffsziel. So kann Österreich in einen neuen Weltkrieg geführt werden. Österreichs Regierungen haben veranlasst, dass unser Bundesheer seit langem an der EU-Aufrüstung samt deren Militärübungen bzw. Kriegsvorbereitungen teilnimmt – das ist mit unserem Neutralitätsgesetz unvereinbar! Das ist politischer Landesverrat.

90% der Österreicher*innen sind für die Beibehaltung der Neutralität!

Sorgen wir dafür, dass der Volkswille respektiert wird!

Schluss mit dem Krieg in der Ukraine!

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine - ein Verstoß gegen das Völkerrecht und das Minsker Abkommen – ist nicht zu rechtfertigen und ist entschieden abzulehnen. Dieser Krieg, der unsägliches Leid, Zerstörung Verletzte, Tote zur Folge hat, ist sofort zu stoppen. Beide Seiten müssen unverzüglich einen Waffenstillstand verhandeln!

Der Preis eines längeren militärischen Widerstands wäre – unabhängig von einem möglichen Erfolg – noch mehr zerstörte Städte und Dörfer und noch größere Opfer unter der ukrainischen Bevölkerung. Waffenlieferungen und militärische Unterstützung durch die USA - sprich NATO - verlängern den Krieg und verhindern eine diplomatische Lösung, sie machen die Staaten de facto zur Kriegspartei und fördern die Gefahr einer atomaren Eskalation!

Die Ukraine dient als Schlachtfeld zwischen der USA/NATO-Herrschaft in Europa und Russlands Interessen. Das Respektieren des Minsker Abkommens durch beide Parteien samt der schon von Präsident Selenskyj ins Gespräch gebrachten Angebote an Moskau – mögliche Neutralität, Einigung über die Anerkennung der Krim und Referenden über den zukünftigen Status der Donbass-Republiken – würden eine reelle Chance für einen Frieden bieten. Sonst droht ein langer Zermübnungs- bzw. Zerstörungskrieg mit dem Potenzial eines großen Krieges!

Die Unterstützung, das Mitgefühl, die Solidarität, die Hilfeleistungen der Österreicher*innen sind groß. Unsere Regierung missbraucht das, um die Angst zu schüren, dass auch wir von Russland bedroht werden. Damit soll Putins völkerrechtswidriger Krieg in der Ukraine als Vorwand dienen, die Völker für das westliche Großkapital und seine Multimilliardäre gegen die Völker der östlichen Staatskapitalisten und Oligarchen in den Krieg zu schicken – für noch mehr Profit fürs Kapital. Das kann weder im Interesse der ukrainischen noch im Interesse der russischen Bevölkerung sein und genau so wenig im Interesse der europäischen Völker bzw. des amerikanischen Volkes.

Die Völker zahlen heute schon mehr denn je für den Lebensunterhalt, die Krisenfolgen werden auf die Masse der Menschen abgewälzt, die Reichen werden noch reicher. Wir sollen uns an noch mehr Krisen, Katastrophen und Aufrüstung gewöhnen.

Wir sollen glauben, dass Putins Regime an all dem schuld ist, und mit der Angstmache, dass er unsere Sicherheit bedroht, sollen wir für mehr Rüstung und umfangreiche Militarisierung Unsummen für erhöhte Militärbudgets bezahlen (z.B. Deutschland 56 Mrd. Euro plus Aufrüstungs-Sonderbudget von 100 Mrd. Euro, Österreich von 2,7 auf 4,5 und bis 2027 auf über 6 Mrd. plus 10 Mrd. Euro zusätzlich unter dem Deck-mantel eines „Neutralitätsfonds“). Wir sollen nun, unter dem Vorwand „Freiheit und Demokratie zu verteidigen“, an der Seite der Ukraine bzw. EU den Krieg gegen Russland unterstützen bzw. weitere Kriege hinnehmen, bzw. sogar mitmarschieren. Statt Sicherheit, Demokratie und Frieden bekommen wir mehr Unsicherheit und schlechtere Lebensbedingungen für die Menschen.

Russland raus aus der Ukraine – NATO/EU nicht hinein in die Ukraine!

Putins Krieg in der Ukraine ist nicht der Krieg der Völker, der einfachen Menschen in Russland und in der Ukraine. Russlands Krieg ist auch nicht wirklich nur ein Krieg Moskaus gegen Kiew.

Es ist ein Krieg des bedrohten Räubers Russland gegen den viel größeren Räuber USA/NATO, die hinter der Ukraine stecken und gegen die EU, die mitmacht. Es ist primär ein Krieg der USA/NATO gegen Russland und China.

Und Österreich?

Die Teilnahme an der EU-Militarisierung im Zuge der EU-Mitgliedschaft sowie an der „NATO-Partnerschaft für den Frieden“ bzw. ab Sommer 2022 die „Kooperation“ mit der USA-Nationalgarde – das alles ist Neutralitätsbruch durch die Herrschenden. So macht unsere Regierung bei Kriegshetze und Vorbereitung zum großen Krieg gegen Russland und China mit.

Das ist Verrat an der Neutralität und äußerst gefährlich! Das kann Österreich, das kann uns, in einen neuen Weltkrieg führen.

Für Österreich heißt das gerade jetzt Ja zur Neutralität und wirklicher Neutralitätspolitik!

Nein zur Beteiligung Österreichs an der EU-Militarisierung!

Nein zu einem Beitritt Österreichs zur NATO!

Nein zum Krieg Russlands gegen die leidgeprüfte ukrainische Bevölkerung!

Nein zur Kriegshetze der USA, des Westens, auch Österreichs Regierung!

Nein zu Kriegsvorbereitung und neuen Kriegen!

Gegen Kriegstreiber in Ost und West

JA zur immerwährenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Neutralität Österreichs!

Das verlangt auch das Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität Österreichs, hier im Wortlaut:

„(1) Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.

(2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.“



Die Welt ist weder schwarz noch weiß!

Im Zuge des Krieges in der Ukraine hat sich das Denken vieler Menschen in erschreckender Weise vereinfacht. Viele sind gefangen in der einschränkenden Dualität von Schwarz und Weiß:

Für oder gegen Waffenlieferungen an die Ukraine.
Für oder gegen Putin. Für oder gegen Selenskyj.
Für oder gegen die Nato usw.

Vielmehr geht es darum, die Kreativität in unserem Denken zu erweitern. Es wird eine Welt auch nach Putin – nach dem Krieg – geben. Wenn allerdings nur mehr die Logik des Krieges gilt, die da lautet: Vernichtung des Gegners, wo soll es dann noch Möglichkeiten einer Kommunikation jenseits von Diktaten und Völkerhass geben?

Kommunikation schafft Beziehung, das heißt aufeinander zugehen, einander respektieren. Jetzt passiert aber gerade das Gegenteil, indem alle Gesprächskanäle gekappt oder vergiftet werden.

Das bewusste Zerstören von gemeinsamen Projekten z.B. in der Wissenschaft, in der Musik, im Sport, in der gesamten Kultur, auf Geheiß auch österreichischer Regierungsvertreter, verhindert das Entstehen und die Intensivierung zwischenmenschlicher Kontakte.

Gerade diese daraus entstehenden aufrechten Gesprächsmöglichkeiten könnten einen wertvollen Beitrag für künftige Friedensverhandlungen leisten. Hurra-Geschrei und Kriegsgebrüll für die eine oder andere Seite waren noch nie friedentiftend.

Folgen wir nicht länger der üblichen Kriegslogik! Beginnen wir wieder selbständig zu denken und zu handeln, indem wir die Kooperationen zwischen russischen, amerikanischen, ukrainischen, österreichischen etc. Wissenschaftler*innen und Kulturschaffenden reaktivieren und mit dem Geist der internationalen Solidarität gegen jeden Krieg verbinden.



NEIN zum KRIEG! JA zur NEUTRALITÄT!
Gegen die Kriegstreiber in Ost und West!

PREISE RUNTER! Keine Abwälzung der Krisen- und Kriegslasten auf die Bevölkerung!
MEHR SOZIALSTAAT STATT AUFRÜSTUNG UND KRIEG!

Wir fordern die Regierung auf, die Neutralität ernst zu nehmen und sich nicht an Kriegspropaganda und Aufrüstung von EU und/oder NATO zu beteiligen. Keine Abwälzung der Krisen- und Kriegslasten auf die Bevölkerung! Wir rufen den ÖGB und die Einzelgewerkschaften auf, sich aktiv und laut für die Neutralität und gegen den Krieg öffentlich einzusetzen.

Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg – Ich bin an weitere Informationen interessiert.

Name	Adresse	E-Mail

Ausgefüllte Unterschriftenlisten bitte einscannen und schicken an: ggae@gmx.at Impressum: Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg Stiftung 8, 1070 Wien. www.atomgegner.at

Von langer Hand geplant



„Das Einzige, was Russland zu einer heftigen militärischen Reaktion zwingen würde, wäre eine Expansion der NATO an die russische Grenze.“ (Joe Biden 1997)

<https://www.youtube.com/watch?v-HajdbaBylcl>

Die US-Pläne, die Ukraine als Aufmarschgebiet der USA gegen Russland zu verwenden, gibt es schon seit über 30 Jahren. Seit der Gründung der Ukraine 1991 finanzieren und trainieren die USA das ukrainische Militär. Und die USA haben nach eigenen Angaben auch den Maidan Putsch 2014 mit 5 Milliarden Dollar finanziert.

Schon im April 2019 hat die RAND-Corporation, ein US-Think-Tank, in einer Studie einen Strategieplan für die USA gegen Russland in Europa ausgearbeitet, der u.a. Wirtschaftssanktionen, weitere Stationierung von atombestückten Raketen bzw. Bombern in Europa und Waffenlieferungen an die Ukraine beinhaltet.

Die RAND-Corporation bezeichnet sich als globale Forschungsorganisation, die „Lösungen für politische Herausforderungen entwickelt“. Die Firma beschäftigt 1800 Forscher und andere Spezialisten aus 50 Ländern und hat Standorte in den USA, Europa, Australien usw. Die Firma wird u.a. vom Pentagon, der US-Armee und Luftwaffe, dem CIA und anderen nationalen Sicherheitsbehörden finanziert.

Der Strategieplan vom April 2019 untersucht verschiedene Maßnahmen nach den 3 Kriterien Erfolgswahrscheinlichkeit, Vorteile bzw. Kosten und Risiko nach den Bewertungen hoch, mittel, niedrig! Die wichtigsten bzw. wirksamsten Maßnahmen gegen Russland sind laut dieser Studie:

Erstens muss Russland auf seiner verwundbarsten Seite angegriffen werden, nämlich auf der Seite seiner stark vom Gas- und Ölexport abhängigen Wirtschaft. Es müssen deswegen Handels- und Finanzsanktionen eingesetzt werden und gleichzeitig muss dafür gesorgt werden, dass Europa die russischen Erdgasimporte verringert, indem es sie durch amerikanisches Flüssigerdgas ersetzt. Genau diese Maßnahmen sind von den USA schon von

langer Hand eingeleitet worden und seit Russlands Krieg umgesetzt worden!

Zweitens: Militärisch bietet den USA das Aufstellen von mehr strategischen Bombern und neuer nuklearer Langstreckenraketen gegen Russland nahe dessen Grenzen die hohe Wahrscheinlichkeit für Erfolg bzw. einem hohen Nutzen, die Kosten und das Risiko sind niedrig, ergibt die Studie. Genau das ist in den letzten Jahren passiert, in Rumänien und in Polen wurden bereits Raketensysteme installiert. Weiters kreuzen vier US-Kriegsschiffe im Mittelmeer, die mit dem Aegis-System ausgestattet sind, das nicht nur Raketenabwehrraketen, sondern auch nuklear bestückte Marschflugkörper abfeuern kann.

Drittens: Waffenlieferungen an die Ukraine! „Die Bereitstellung tödlicher Hilfe für die Ukraine würde die größte externe Verwundbarkeit bedeuten, die in angepasster Weise ausgenutzt werden kann, um die Kosten für Russland zu erhöhen – ohne einen viel größeren Konflikt zu provozieren aber „jede Zunahme von Waffen und militärischer Beratung durch die USA für die Ukraine sollte sorgfältig kalkuliert werden, um die Kosten für Russland zu erhöhen, ohne einen viel größeren Konflikt zu provozieren, in dem Russland auf Grund seiner Nähe erhebliche Vorteile hätte“. Laut der Rand-Corporation Studie ist also die Aufrüstung der Ukraine „Russlands größte externe Schwachstelle“.

Alles zitiert aus: Rand-Corporation „Overextending and Unbalancing Russia“ (Gegner zu übermäßiger Expansion zu zwingen und ihn zu destabilisieren). https://www.rand.org/pubs/research_briefs/RB10014.html

Die Waffenlieferungen und finanzielle Unterstützung der USA für die Ukraine belaufen sich samt Zusagen, Stand 10.05. 2022, auf 42,9 Milliarden Euro, die der EU auf 15,9 Milliarden Euro. (Kronen-Zeitung, 12.06. 2022)

Das gesamte USA-Militärbudget beträgt ca. 740 Milliarden Dollar, das der NATO insgesamt über 1.100 Milliarden Dollar jährlich. Das russische Militärbudget beträgt ca. 61 Milliarden Dollar pro Jahr (Handelsblatt, 22.2.22, Spiegel, SIPRI).



● Die schwarzen Punkte zeigen die USA/NATO-Militär- und Raketenbasen, die Russland umgeben.

Realsatire Pandemiebekämpfung!

Die unfreiwillige Satire, gemeinhin Realsatire genannt, wird uns nunmehr schon zwei Jahre beim Umgang mit der Corona-Pandemie auf breiter Front und in allen Medien vorgeführt.

Da treten abwechselnd sachlich inkompetente, aber trotzdem sehr einflussreiche Politiker, Industrielle, Tourismus-Manager, Experten verschiedenster Fachrichtungen, Populisten, Verschwörungstheoretiker und -praktiker, Impffanatiker und fanatische -Gegner aller Glaubensrichtungen auf. Mehrfach schon wurden die Hauptdarsteller in dieser „Soap-Opera“ gewechselt, aber da die Profite und die Reglementierungen der Bevölkerung für die Reichen und Mächtigen passen und die Umverteilung von Arm zu Reich gut läuft, muss die Show weitergehen. Angesichts dieses peinlichen Schauspiels kann fast nicht anders als mit Satire reagiert werden, obwohl diese recht bitter ausfallen muss, denkt man an die zahlreichen Opfer der Pandemie.

Man hat zwar bis heute kein funktionierendes Datenbanksystem aufgebaut, um einen Überblick über das Virusgeschehen in den neun provinziellen Teilen unserer Alpenrepublik zu erstellen, aber trotzdem agieren verschiedene Lobbyisten und Influencer auf lokaler und Bundesebene übereifrig. Selbst ein gerichtsbekannter Urologe – es gilt die Unschuldsvermutung – verschickte die in Tirol erhobenen positiven PCR-Resultate entgegen allen Datenschutzbestimmungen auf offen zugängigen Exceltabellen. Diese, regional unterschiedlichsten Kalkulationstabellen scheinen überhaupt das gängige Datenformat unserer Administration zu sein.

Ohne eine brauchbare Datenbasis kann aber von politischer Seite einfacher willkürlich entschieden werden und die Bedürfnisse der Wirtschaft und nicht die der Bevölkerung erfüllt werden. So ist es auch nicht verwunderlich, dass bei der Opferstatistik tausende Tote „übersehen“ wurden, die ja auch bei der bombastischen Trauerveranstaltung mit dem Bundespräsidenten und sonstigen Würdenträgern gefehlt haben – gibt es hier eine Zugabe zur Trauerfeier? Es zeigt von einer massiven Würdelosigkeit und arroganten Ignoranz, wenn tausende Opfer der Pandemie durch das Gesundheitsministerium bzw. die AGES entweder aus Schlamperei nicht erfasst wurden oder um ganz bewusst die Opferbilanz zu schönen um schneller zur „kommerziellen Normalität“ zu kommen, vertuscht wurden. Dieselbe Behörde verwaltet mit derselben fraglichen „Güte“ auch die Meldungen über Langzeitfolgen nach Infektionen (ca. 20 -25% nach deutschem Ärzteblatt), aber auch die Meldungen von negativen Impffreaktionen. Diese Meldungen werden anscheinend auch von der

Ärzeschaft nicht ernst genommen, da vorab ja schon offiziell festgelegt wurde, dass es keine „wesentlichen“ Nebenwirkungen geben kann. Ganze Fachgruppen, wie zum Beispiel die neurologische Gesellschaft, haben publiziert, dass es bei Autoimmunerkrankungen, wie zum Beispiel der Multiplen Sklerose oder rheumatoider Arthritis, nach der Impfung zwar zu Schüben der Erkrankungen kommen kann, „dass dies aber nur Pseudoschübe“ sind, das heißt, es sind keine ernst zu nehmenden Verschlimmerungen der Krankheit. Bei der ärztlichen Behandlung unterschiedlichster Impffolgen, die sehr ähnlich den „Long-Covid“ Folgen sind, werden viele Betroffene häufig als psychisch anfällige Patienten behandelt und auch trotz dreifacher Impfung in die Fraktion „Impfgegner“ eingereiht.

Autorität und Profit!

Es erhebt sich die Frage, ob das Verhalten der Ärzteschaft beim Melden von Nebenwirkungen bedingt ist durch Vermeidung des unbezahlten Aufwands für die Meldung ins Gesundheitssystem oder die Angst, sich in der Fachschaft als Kritiker und Querulant zu „Outen“, da eine propagandistisch begleitete Fortschrittsgläubigkeit und damit der Glaube an ein neues Impfprinzip mit den neuen mRNA Impfstoffen bei dieser Berufsgruppe ganz besonders gefördert wurde. Es kann aber auch sein, dass dieser nach wie vor sehr hierarchisch organisierte Berufszweig auch eine Zuneigung zu autoritären staatlichen Systemen hat. Schon dazumal hat die Naziparole „Gesundheit ist Pflicht“ die Ärzteschaft weit mehr als die Durchschnittsbevölkerung nationalsozialistisch erreicht

Da mit diesem neuen mRNA Impfprinzips auch Hoffnungen genährt werden, durch vorsorgliche Impfungen gegen fast alle denkbaren Infektionen und Volkserkrankungen, wie Rheuma, Diabetes, hoher Blutdruck und hohe Cholesterinspiegel usw. die staatlichen Gesundheitskosten senken zu können, entsteht neben der enormen Profitgier der Pharmaindustrie auch massiver Druck von politischer Seite, wo die Gesundheitsbedürfnisse schon jetzt nicht ausreichend erfüllt werden. Das heißt, die öffentliche Hand will die Kosten für alle möglichen Impfungen übernehmen und wenn man dann trotzdem erkrankt, ist man selbst schuld daran und muss die Kosten **privat** tragen. Die Pharmaindustrie profitiert in beiden Fällen. Diese Profitinteressen drängen auch immer stärker zu einer autoritären Durchsetzung auf allen Ebenen, wie zum Beispiel einer Verpflichtung zu Impfungen und Impfnachweisen. Überwachung und Kontrolle sollen künftig auch international über die ebenfalls von der

Pharmaindustrie dominierte WHO erfolgen und werden von der Industrie gefordert. Die enormen Profite der Pharmakonzerne durch die Corona-Impfung und den Boostern betragen gegenwärtig **1.000 Dollar pro Sekunde - 100 Millionen am Tag** und sind ein Skandal. Ebenso skandalös sind die öffentlichen Mittel in Höhe von über acht Milliarden US-Dollar, welche BioNTech, Pfizer und Moderna für die mRNA-Forschung und den Bau von Produktionsanlagen erhalten haben. Das sind Steuergelder! Die Forschungsergebnisse gehören eigentlich in staatliche Hände!

Die Pandemie läuft weiter!

Die Situation bei der Pandemie ist weltweit leider unverändert. Das Virus, von dem anfangs von „Experten“ behauptet wurde, es sei „zu faul um zu mutieren“, ist mittlerweile wegen Millionen von Covid-Mutationen, die täglich mehr werden, von der internationalen Plattform „Nextstrain“, die diese genetischen Variationen erfasst, mit der vorhandenen Software nicht mehr visuell darzustellen. Man beschränkt auch dort bei der Visualisierung weltweit auf etwa 4.000 Genome und zeigt nur mehr verschiedene geographische Regionen in ihrer zeitlichen Veränderung.

Das heißt, was im Herbst an Mutationen kommt, oder auch nicht, ist ungewiss, trotzdem wird propagiert mit einem Impfstoff zu impfen, der schon gegen die jetzt langsam abflauende Omikron Welle nicht wirklich wirksam war und „vielleicht“, so wird gemunkelt, gibt es im Herbst einen an Omikron adaptierten mRNA-Impfstoff von Pfizer. Die versprochene schnelle Adaption des mRNA Impfstoffes funktioniert also nicht wie angekündigt, sondern hinkt zumindest zwei sich durchsetzenden Mutationen hinterher, was wegen der oben skizzierten rasanten Mutation des Virus aber verständlich ist.

Die zwei großen mRNA Konzerne sind sich ihrer Schwächen aber auch bewusst, was starke Anstrengungen bei der Modifikation am mRNA-Virusgenom, aber auch bei der Umhüllung mit Liposom-Nanopartikel zeigen. Es wird sogar versucht, das mRNA-Genom dahingehend zu modifizieren, dass es in den menschlichen Zellen fortwährend bis zum Erschöpfungstod der Zellen das Corona-Spikeprotein erzeugt und so weniger Impfstoff mit Nanopartikel verabreichen zu müssen.

Die Gefahr von Autoimmunreaktionen gegen Körperzellen wird damit jedoch potenziert. Das heißt nicht nur die hinlänglich bekannten Nebenwirkungen, wie Herzmuskelentzündungen und Thrombosen werden verstärkt auftreten, sondern auch Autoimmunerkrankungen, die das Nervensystem, den Bewegungsapparat oder die Schilddrüse betreffen können. Die eingesetzten Lipid-Nanopartikel sind zum guten Teil auch für

Nebenwirkungen verantwortlich, da sie einerseits als Impfstoffverstärker (Adjuvantien) und andererseits als schützendes Vehikel zum Eintritt der mRNA in die Zelle dienen und dabei „nebenwirken“. Die verkürzte schnelle Entwicklung und Vermarktung hatte eben auch ihren Preis bei der Qualität der Impfstoffe. Eine weitere Schwäche dieser mRNA Impfstoffe besteht darin, dass nur ein Oberflächenprotein (das Spikeprotein) von zahlreichen relevanten Virusproteinen zur Immunisierung benutzt wird und dieses sich in immer kürzeren Zeitabständen gleichfalls „abnützt“, da sich einerseits das Virus adaptiert und andererseits auch Abwehrmechanismen in menschlichen Zellen gegen fremde RNA immer wirksamer werden. Man müsste also in immer kürzeren Abständen „Boostern“ was nicht nur kostenintensiv, sondern auch für das Immunsystem äußerst fraglich ist. Ein überfordertes Immunsystem ist nämlich empfänglich für alle anderen Infektionen, aber auch für Krebserkrankungen. Der von „Valneva“ entwickelte **Totimpfstoff**, der nicht nur ein altbewährtes Impfprinzip und damit eine breitere Immunantwort und vielleicht auch eine längere Wirksamkeitsdauer und auch eine höhere Sicherheit bei Kindern und Menschen mit Autoimmunerkrankungen bringen könnte, scheint auf EU-Ebene und der mRNA Pharmalobby nicht wirklich erwünscht zu sein und wird höchstwahrscheinlich nicht zum Einsatz kommen.

Das könnte zum einen daran liegen, dass er schon eine sehr starke und auch neue und nicht unproblematische Impfstoffverstärkung braucht und deshalb gegenüber einem weiteren „Boostern“ mit einem mRNA-Impfstoffstoß keine großen Vorteile haben könnte, vor allem dann, wenn durch Vorimpfungen mit mRNA-Impfstoffen das Immunsystem vorwiegend nur auf das Spikeprotein konditioniert ist und alle anderen Proteine im Totimpfstoff vernachlässigt. Vielleicht ist aber für den Valneva-Hersteller auch das Restgeschäft nach dem breiten mRNA-Einsatz nicht mehr interessant und die Entwicklungskosten kommen über Tauschgeschäfte unter den Pharmariesen herein. Wir können also „getrost“ in eine weitere Herbstwelle gehen, die Realsatire geht weiter, sinnvolle Hygienemaßnahmen, Verhinderung von Massenkontakten, Masken, Mobilitätsreduktionen und Lüftungssysteme in Schulen werden wieder desavouiert, die mögliche Pflicht zur Impfung als Disziplinierungsmaßnahme wird weiter aufrechterhalten und sei es auch nur darum um schon bestellte und bezahlte Impfstoffe (38 Millionen Dosen um 500 Millionen Euro) aufzubrauchen (das reicht auch für den fünften Stich). Die Darsteller der „Soap Opera“ werden wohl schon auch noch mehrfach wechseln und tun das auch schon bis wir zum vierten und fünften Stich mit Strafsanktionen befohlen werden.

gegenwart
waffenlose
friedensbringer
statt
waffenstarrende
kriegsbringer
entwaffnete
kalte kriegler
erschaffen feinde
doch wir glauben
ihnen nicht lieber
lassen wir
waffenfabriken zu
staub
verrotten endlich
friedensgedanken
die waffenproduzenten
verarmen
sie landen beim
suppenbus
der caritas
kein mitleid mit
diesen mitleidlosen
mit den mit leid
gefüllten geldbörsen
sie sind entwaffnete
kriegstreiber
ihre kriminelle
energie eingesperrt
in den käfigen der
menschenfeindlichkeit
um des profites
willen nie mehr
in angst und trauer
leben zuerst
feindschaft nicht
einmal mehr zuletzt
begegnung über
den ruinen in
blühenden gärten der
freundschaft
frieden kostbares
leben geachtet und
bewahrt für die
zukunft

Nix ist es mit der Klimarettung!

Statt Schritt für Schritt auszusteigen aus der „klimatischen Todesspirale“ wollen die größten Öl- und Gaskonzerne ihr Kerngeschäft massiv ausbauen! 195 Projekte sind geplant, sogenannte „Kohlendioxidbomben“! Als solche werden Vorhaben definiert, die über ihre Lebensdauer mehr als eine Milliarde Tonnen (eine Gigatonne) CO₂ verursachen! Zum Vergleich: Österreich emittiert 80 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr!

Um das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen forderte die Internationale Energieagentur (alles andere als eine Umwelt-NGO) schon vor einem Jahr, dass die Entwicklung **neuer** Kohle-, Gas- und Ölprojekte eingestellt werden müsste.

Aber das stößt überall in den Führungsetagen auf taube Ohren (Kurz vor ihrem Rücktritt forderte noch Ministerin Schramböck Schiefergas-Fracking und die teilstaatliche OMV ventilierte Ölbohrungen im Schwarzen Meer).

Wenn die globale Erwärmung auf 1,5 Grad begrenzt werden soll, dürfen bis zum Jahr 2100 maximal 500 Milliarden Tonnen (500 Gigatonnen) CO₂ emittiert werden. Zum Vergleich: Der weltweite Ausstoß pro Jahr betrug vor den Corona-Pandemie 37 Gigatonnen (= 37 Milliarden Tonnen). Diese Emissionen müssen radikal reduziert werden. Das Problem: Allein die erwähnten 195 Projekte der Multis sprengen dieses „Budget“ mit 646 Gigatonnen (= 646 Milliarden Tonnen)!

Die „Umweltverbrecher“ sitzen in Multis wie: QatarEnergy, Gazprom, Saudi Aramco, ExxonMobil, Chevron, und ConocoPhillips, sowie auf europäischer Seite BP, Shell und ENI. Mehr als 360 Millionen Euro investieren die Ölmultis täglich in alle Förderprojekte.

Etwa ein Viertel dieser Summe dürfte eigentlich nicht mehr für neue Öl- und Gasprojekte verwendet werden, um der Erderwärmung Eingehalt gebieten zu können.

UN-Generalsekretär Antonio Guterres: *„Unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen bringt uns um. Wir haben Alarmstufe Rot für die Menschheit! Jetzt oder nie ist die Zeit gekommen, die Treibhausgas-Emissionen durch die Verbrennung von fossilen Brennstoffen wie Öl, Gas oder Kohle endlich zu reduzieren. Der Klimabericht ist ein **Dokument der Schande!** Die meisten Regierungen und Konzerne halten ihre Versprechungen nicht ein! Kurz gesagt: Sie lügen uns alle an, und die Konsequenzen werden katastrophal sein. Jetzt noch in fossile Infrastruktur zu investieren, ist ein moralischer und wirtschaftlicher Wahnsinn! Klimaschützer werden oft als gefährliche Radikale bezeichnet. Aber die wirklich Gefährlichen und Radikalen sind jene Unternehmen und Staaten, die jetzt mehr Öl und Gas fördern wollen!“*

Warum wohl? Um weiterhin gigantische Profite zu scheffeln.

Die größten geplanten „Kohlendioxidbomben“ in Gigatonnen* entfallen auf folgende Länder:

USA 140; Saudi-Arabien 107; Russland 83; Katar 43; Irak 28; Kanada 27; China 27; Brasilien 26; Iran 24; Vereinigte Arabische Emirate (VAR) 23. (Quelle: Kurier, 12. Mai 2022)

* 1 Gigatonne = 1 Milliarde Tonnen)

Demonstration gegen die Klimakatastrophe am 25. März 2022 in Wien. Bilder von unserer Teilnahme.

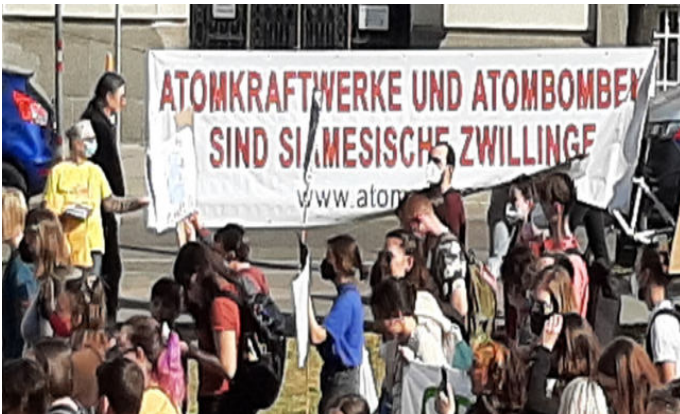


Das Motto: Menschen, nicht Profit!

Auch wir „Gewerkschafter*innen
gegen Atomenergie und Krieg“
(www.atomgegner.at) waren mit
dabei ...



... auf dem Weg in den 2. Bezirk zur
Praterstraße



am Ring ...



... und beim Abschluss im Prater.

Klimachance

Im Zentrum der südkoreanischen Hauptstadt Seoul entstanden an beiden Ufern des Cheonggyecheon-Flusses im Lauf der Zeit riesige Wohnblockzeilen. In den 1960-er Jahren wurde der Fluss infolge des ansteigenden Verkehrs für den Bau einer Autobahn „versiegelt“. Jahrzehntlang befuhren die über dem „Flussgrab“ errichtete Autobahn täglich mehr als 168.000 Autos. Eine Hölle zwischen den Wohnblocks. 2003 traf die Stadtregierung eine wegweisende Entscheidung: Die in die Jahre gekommene Autobahn sollte nicht um Millionen saniert werden, sondern wurde abgerissen, der Fluss freigelegt und

unter dem Titel „Seoul Greenway“ entstand an dieser Stelle ein grüner Wasserpark, der mit Öffis erreichbar ist. Inzwischen sind auch die größten Skeptiker überzeugt: durch begleitende Nahverkehrs-Maßnahmen (Busse, U-Bahn-Netz, Schnellbussystem) fließt der Verkehr reibungsloser als früher. Toller „Nebeneffekt“: der Autoverkehr ging um 21% zurück. Wo einst Lärm, Feinstaub und Autoabgase die Luft verpesteten, genießen heute Menschen ihre Freizeit, flanieren über die Wege oder fahren mit dem Rad in dem 10,9 km langen Naherholungsgebiet.

Teuerung!

Einkaufen und Wohnen werden teurer und teurer, Strom-, Heiz- und Treibstoffkosten steigen und steigen, doch die Regierung will mit Einmalzahlungen, Boni oder Verschiebung von CO2-Bepreisung, die Opposition wiederum mit Mehrwertsteuer-Senkung die „Not“ lindern. Echt? Zudem erklären uns Wirtschaftsforscher, dass der Staat grundsätzlich nicht in den „freien Markt“ eingreifen dürfe, der „freie Markt“ das schon regeln würde. Wirklich?

Die Regierung hat nun ein weiteres, ihr drittes „Anti-Teuerungspaket“ verkündet. Es soll die Teuerung ausgleichen. Aber weit gefehlt. Schon die früheren „Entlastungen“ haben nur der Wirtschaft geholfen und die Reichen reicher gemacht. Wie zum Hohn sprach der grüne Vizekanzler vor dem jetzigen „Paket“ von „Teuerungs-Hysterie“. Unglaublich aber wahr. Auf welchem Stern leben diese Typen? Jetzt soll vor allem mit Einmalzahlungen, mit diversen „Boni“, „geholfen“ werden. In Wirklichkeit verhindern die angekündigten Maßnahmen keine weiteren Preisanstiege und Teuerungswellen. Allein im Mai war die Inflation schon bei fast 8%!

Schon jetzt machen mit der Angst der Menschen vor Pandemie, Klimakatastrophen, um ihre Gesundheit und vor dem Krieg Energiekonzerne, Energie- und Rohstoffspekulanten, Banken, Versicherungen, Immobilien- und andere Konzerne riesige Gewinne und Extraprofiten. Aber die Industriellenvereinigung fordert „Entlastungen“ für die Wirtschaft – und die Regierung war und ist bereit, dem Druck der Industrie nachzugeben, statt die Bevölkerung nachhaltig zu entlasten. Denn die jetzt als „Teuerungsausgleich“ verkauften Einmalzahlungen gleichen den Preisanstieg bei weitem nicht aus und sind schnell verpufft. Zudem zahlen sich den „Teuerungsausgleich“ die arbeitenden Menschen selbst, weil bald 90% des Staatsbudgets aus den Steuern und Abgaben der Masse der Bevölkerung stammen.

Die teilweise Abschaffung der „kalten Progression“ freut Wirtschaft und Industrie. Erstens, weil davon vor allem Reiche und Besserverdienende profitieren. Zweitens, weil die Masse der arbeitenden Menschen weiter durch Mehrwert-, Mineralöl- und andere Verbrauchssteuern und Tarife zur Kasse gebeten wird. Drittens, weil die Preise für den täglichen Bedarf (Lebensmittel, Mieten, Energie) weit höher steigen als die Durchschnittsinflation, die dann als Berechnungsgrundlage für den „Ausgleich“ der „kalten Progression“ dient.

Die Unternehmer dürfen sich aber über noch viel mehr freuen: Bestimmte Branchen bekommen

erhöhte Energiekosten ersetzt. Für alle Unternehmen werden die sog. „Lohnnebenkosten“ auf Dauer gesenkt. Letztere sind von uns Arbeitenden erwirtschaftete, von den Unternehmern einbehaltene und nur technisch von ihnen an den Staat abgeführte Sozialgelder wie z.B. für den Familienlastenausgleichsfonds (FLAF). Oder der Beitrag zur Unfallversicherung (AUVA), die für die Betriebe die Gesundheitsprävention und bei Arbeitsunfällen die Rehabilitation durchführt. Mit dem Regierungspaket werden dem FLAF 300 Millionen Euro, der AUVA 125 Millionen Euro jährlich auf Dauer entzogen. Unfallversicherte und Familien zahlen für die Profite der Unternehmer drauf. Die Unternehmer und Konzerne zahlen kaum Steuern. Wo bleiben Reichen-, Vermögens- Erbschaftssteuer!

Während all das als der „große Wurf“ und „Hilfe für alle“ hingestellt wird, heißt es gleichzeitig, dass wir in ein paar Jahren wieder mit „Sparpaketen“ und „Strukturreformen“ rechnen müssen, z. B. bei Gesundheit oder bei den Pensionen (länger arbeiten). Tatsächlich sieht man schon jetzt: Weiterhin gibt es praktisch kein zusätzliches Geld für Soziales wie Bildung, Pflege oder Kindergärten. Beim „Arbeitsmarkt“ denkt Minister Kocher trotz bedrohter Existenz vieler Menschen weiter an die Streichung der Notstandshilfe und/oder an die Kürzung des Arbeitslosengeldes (Stichwort „Staffelung“).

Im Hinblick auf die im Herbst bevorstehenden Lohn- und Gehaltsverhandlungen hat die Regierung gleich die Sprachregelung von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung übernommen und „warnt“ vor hohen Lohnforderungen und einer „Lohn-Preis-Spirale“. Tatsache aber ist, dass die steigenden Profite und Extraprofiten der Konzerne die Preistreiber sind, eine Gewinn-Preis-Spirale in Gang setzen – aber da greift sie Regierung nicht hin. Der „Markt“, spricht die Profitmacherei, ist heilig!

Die Regierung spricht von „Entlastung“, doch gleicht all das die Belastung für die Haushalte nicht aus. Besonders betroffen davon sind die 1,5 Millionen Menschen, die an oder unter der Armutsgrenze leben. Für sie, die auf jeden Cent angewiesen sind, werden die Sozialleistungen erst ab 2023 automatisch mit der Inflationsrate angehoben. Die Sozialleistungen selbst aber werden vorher nicht angehoben, bleiben weit unter der Armutsgrenze! Die Regierung ist treffsicher für die Wohlbetuchten und schützt die Reichen. Die arbeitenden Menschen zahlen die Gewinne und Extraprofiten der Konzerne und die Superdividenden der Aktionäre.

Während Regierung und Konzerne, die Reichen in Saus und Braus leben und in Korruption versinken,

sollen wir weiter Reallohnverluste und noch mehr Einschränkungen des Lebens auf uns nehmen. NEIN! Damit muss Schluss sein!

„Der Markt“ wird es nicht richten – daher: Preisstopp und Preisregulierung

Sowohl die Regierungs- als auch die Oppositionsvorschläge sichern – Krise, Pandemie, Krieg hin oder her – vor allem die Profite der Konzerne ab.

Daher ist zumindest ein staatlicher Preisstopp, eine staatliche Preisregulierung für Grundnahrungsmittel, Mieten, Energie als sofortige Erstmaßnahme erforderlich. Letztendlich kann nur eine Gesundheits- und Energieversorgung, ja zumindest die Daseinsvorsorge insgesamt, in der öffentlichen Hand, die nicht auf Profit, sondern auf Versorgungssicherheit und Preisstabilität ausgerichtet ist, der einzige Weg sein, den Spekulationen des „freien Marktes“, der Profitmaximierung der Konzerne Einhalt zu gebieten. Nur so kann die Versorgung garantiert und können die Kosten gesenkt und im Interesse der Konsument*innen in den Griff bekommen werden.

Die „Liberalisierung“ rächt sich

Was hat man uns nicht alles erzählt und versprochen: dass Milch und Honig fließen würden, wenn der Staat immer weniger, die privaten und privatisierten Konzerne immer mehr das Sagen haben würden. So wurden einst staatliche Banken, Stahl-, Telekom-, Öl-, Gas- und Stromkonzerne auch in Österreich (teil)privatisiert. Etliche Jahrzehnte wurde so die Gewinne der zuvor von der Masse der arbeitenden Menschen errichteten verstaatlichten Betriebe ganz oder zum großen Teil an private Aktionäre ausgeschüttet. Doch schon bei der Finanzkrise 2008 und erst recht seit Pandemie 2020 oder Ukraine-Krieg 2022 halten die privaten Konzerne beim Staat die Hand auf – und bekommen Milliarden über Milliarden an Förderungen, scheffeln aber gleichzeitig Profite wie

noch nie („Übergewinne“). Ihre Profite wollen sie vom Staat garantiert haben, dafür ist ihnen der Sozialstaat gut. Wenn es aber um die soziale Absicherung von Millionen von Menschen geht, heißt es von Industrie, Konzernen und ihren Politikern: „zu viel Sozialstaat“, die Leute würden in der „soziale Hängematte“ liegen statt zu arbeiten und so weiter und so fort.

Profitstopp statt Almosen!

Weil darüber der Unmut in der Bevölkerung groß ist und zunimmt, macht die Politik in Worten Druck auf teilstaatliche Konzerne wie den Verbund. Der kündigte daraufhin an, an den Staat eine Sonderdividende von 400 Millionen Euro zu zahlen.

Christian Kern, der frühere Verbund-Vorstand und ÖBB-Chef, jetziger Energiemanager und als ehemaliger SP-Kanzler mit seinem „Plan A“ der Industrie zugetan, rechnet am Beispiel des Verbundes, der 30.000 Gigawattstunden (GWh) Strom aus Wasserkraft erzeugt vor, dass das ein Butterbrot ist:

„Ihr Preis ist binnen 12, 13 Monaten von rund 55 Euro pro GWh (Gigawattstunde) auf 235 Euro gestiegen. Das sind 180 Euro Preisschub. Wenn ich das mit 30.000 GWh multipliziere, sind das rund 5,4 Milliarden Euro zusätzliches Profitpotenzial nur aufgrund des Preissprunges“ (Wiener Zeitung, 11./12. 6. 2022).

Und die anderen Unternehmen, z.B. Landesenergiegesellschaften oder weitere teilstaatlichen Konzerne (z.B. OMV, Casinos)? Ganz zu schweigen von den großen, ganz privaten Konzernen. Die werden – nicht einmal in Worten – angetastet.

Die Bevölkerung zahlt nicht nur den für sie angekündigten „Teuerungsausgleich“ praktisch selbst, sie zahlt auch die staatlichen Stützungen für die Konzerne und somit weiter das staatlich garantierte Profitmachen der Konzerne und zudem über die steigenden Preise, die die Regierung nicht deckelt und reguliert.

EU-Parlament stimmt über die Taxonomie-Verordnung ab



Die EU-Kommission will Atom und Gas für „nachhaltig“ und „grün“ einstufen. Dagegen demonstrierten wir vor dem Haus der EU in Wien bereits am 17. Feber 2022.

Jetzt hat das EU-Parlament in einer ersten Abstimmung dieses Vorhaben gestoppt. Doch die endgültige Abstimmung erfolgt im Plenum des EU-Parlaments am 7. Juli (Endredaktion dieser Aussendung ist der 20. Juni). Man wird sehen, ob sich die Lobbys bei den EU-Abgeordneten durchsetzen oder ob diese im Interesse der Mehrheit der EU-Bürger*innen entscheiden.

Die EU-Kommission hat mit einem so genannten „Delegierten Rechtsakt“, der vorab keine Zustimmung der EU-Staaten braucht (so „demokratisch“ ist die EU-Führung) Atom und Gas als „nachhaltige Energie“ in die EU-Taxonomie hineingeschrieben. Diese Taxonomie, geht sie durch, sichert den Atom- und Energie-

konzernieren die Investitionen. Es geht um hunderte Milliarden Euro, ca. 350 Milliarden, die unter dem Namen „nachhaltige Investitionen“ auf „private Anleger“ warten (Kurier, 15.6.2022).

Warum ist das der Atomlobby so wichtig? Erstens hofft sie auf Laufzeitverlängerung und Neubau von AKWs. Erst vor wenigen Tagen hat Deutschlands FDP-Finanzminister den „Ausstieg aus dem Atomausstieg“ verlangt. **Zweitens**, weil es dafür eben die staatlichen Förderungen und Investitions- sprich Profitabsicherungen gibt. Und nicht zuletzt **drittens**, weil über die weitere aus Steuergeldern höchst subventionierte kommerzielle Atomstromnutzung (AKWs) auch die militärische Atomrüstung staatlich gefördert wird! Deswegen ist ja auch die Atom(bomben)macht Frankreich heftigste Betreiberin der EU-Taxonomie für Atom. Denn AKWs sind das „Nebenprodukt“ der Atomwaffenerzeugung und aus AKWs kann wiederum waffenfähiges Material für Atomwaffen hergestellt werden.

Dass neben Atom Gas ebenfalls für „grün“ erklärt werden soll, hat damit zu tun, dass Deutschland als Gegengeschäft dies von Frankreich zugestanden bekommen hat. Ganz klar sieht man hier, dass die EU-Kommission weder von der Bevölkerung, noch vom EU-Parlament viel hält. Die Energie-, Atomstrom- und Atomrüstungskonzerne wollen nachhaltig die Bevölkerung hinters Licht führen, ihre nachhaltige Profitmacherei als Vorteil für Mensch, Umwelt und Hilfe gegen den Klimawandel darstellen. Abscheulich!

Zensur:

KRIEG – Kritik verboten!

Für Werbung im öffentlichen Raum gibt es in Wien eine zuständige Anlaufstelle. Dort müssen alle, somit auch Künstler*innen ihre Arbeiten zur Bewilligung einreichen. Zwei Künstlerinnen, Maria Hanl und Anemona Crisan reichten dort Plakatentwürfe ein, die sich kritisch mit Krieg, Gewalt und Herrschaft befassen.

Auf einem Bild von Maria Hanl sieht man Raketen in Blumenform angeordnet, darunter der Text: „Die Sprache bereitet den Boden, auf dem diese Blumen besonders gedeihen“.

Ein weiteres Bild von Maria Hanl arbeitet nur mit Text. Hier steht auf einer Seite.

Ganz oben steht: „**entschieden wird oben**“

In der Mitte steht: „**so ist das im Krieg**“

Ganz unten steht: „**gestorben wird unten**“

Die zuständige Anlaufstelle im öffentlichen Raum hat die 6 Entwürfe der zwei Künstlerinnen abgelehnt mit der Begründung, dass es nicht gestattet sei, „Werbung politischen Inhalts auf Schaltflächen anzubringen“. Frau Hanl bekam dann noch die telefonische Antwort, dass die Botschaft der Bilder „keinen kulturellen Inhalt“ enthalte. Und es sei verboten, so die Geschäftsführung, Gewalt und Waffen darzustellen.

Fukushima-Urteil

Der Oberste Gerichtshof Japans hat in einem Musterfall entschieden, dass der Staat nicht für die Atomkatastrophe von Fukushima (2011) haftbar ist. Japans Regierung müsse keine Zahlungen an Menschen leisten, deren Lebensgrundlagen zerstört wurde. Ein Wahnsinn – mit Methode.

Das Urteil zeigt wie eng verstrickt und verfilzt Atommafia, Regierung, Atomkonzern Tepco und die Richter-Eliten sind. Das ist nicht nur in Japan so, sondern auch bei uns in Europa. Das zeigt erinnerlich das EuGH-Urteil im Falle des gegen EU-Recht hoch subventionierten britischen AKW-Baus in Hinkley Point.

Für die Atommafia heißt das Urteil: Hurra! Gefahrlos (= höchst subventioniert) bauen, betreiben und kassieren, alle Risiken und Kosten von schwersten Atomkatastrophen auf die Bevölkerung abwälzen zu dürfen. Atomlobbyrecht statt Menschenrecht!

*

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer Leser*innen und Aktivist*innen möglich! Wer unsere Auffassungen teilt, ist herzlichst zur aktiven Mitarbeit eingeladen.

*Mit kollegialen Grüßen, „Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg“*

Spendenkonto

bei der BAWAG P.S.K.

IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650

BIC: BAWAATWW; **Empfänger*in:** Gewerkschafter gegen Atomenergie, **Verwendungszweck:** Spende

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 % der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida

Österreichische Post AG

SP 20Z042140 S

Gewerkschafter gegen Atomenergie
Stiftgasse 8, 1070 Wien